

Terra incognita

Ein Kommentar von Tatiana Abarzúa

Es sind hitzige Zeiten, trotz Winter. Die Bundesregierung, auf eine Fußgängerrampe zusammengeschrumpft, schaffte es zuletzt dennoch, ein paar Gesetzesvorhaben zu verabschieden. Etwa das Solarspitzengesetz – siehe Statement auf der Folgeseite. Doch generell steht der Wahlkampf im Vordergrund, seit dem D-Day-Move von Christian Lindner.



Foto: Jörg Sutter

Ängste vor Schwarz-Blau-Bestrebungen

Die aktuelle Forsa-Wahlumfrage kurz vor Druckschluss dieser Ausgabe zeigt die FDP bei 4 % und die CDU bei unter 30 %. Somit würde Schwarz-Gelb als Option für eine Regierungskoalition wegfallen. Schwarz-Rot oder Schwarz-Grün wurden in den Medien als mögliche Koalitionen genannt. Die Entwicklung in Österreich und nach dem Merz'schen Tabubruch vom 29. Januar – der direkt nach einer parlamentarischen Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus stattfand – auch diejenige in Deutschland, verstärken Sorgen, dass Union und AfD über eine Koalition verhandeln könnten. Immer wieder ist zu hören, das Vorgehen der Union normalisiere eine Zusammenarbeit mit der seit 2021 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremen Verdachtsfall eingestuften Partei. Abgesehen davon wäre auch eine Minderheitsregierung denkbar. Wie Correctiv Anfang Februar berichtete, könnte Kanzlerkandidat Merz in einem dritten Wahlgang allein mit CDU-Stimmen mit einfacher Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt werden, sofern er vom Bundespräsidenten ernannt wird.

Dog whistle politics

Wie schon lange nicht mehr, zielen die Parteien mit ihren Botschaften darauf ab, die potenzielle Wählerschaft emotional zu mobilisieren. Dabei haben es Vertreter aus dem rechten und rechtsextremen Lager geschafft, „nationale Identität“, „Migration“ und „innere Sicherheit“ als Themen nach vorne zu bringen. Sie versuchen gezielt, ein Gefühl von Ohnmacht, Kontrollverlust und Pessimismus zu vermitteln. Gleichzeitig ist die Berichterstattung dazu eher unterkomplex. Einzelne Wörter von rechten Populisten nimmt die breite Öffentlichkeit fälschlicherweise als harmloser wahr, als sie gemeint sind – als Metapher für diese Einordnung funktioniert der Begriff „Hundepfeife“ (engl. „dog whistle“). Bei den Aussagen zu den Merz-Plänen geht es nicht nur um Straftäter. Eine der Forderungen des sauerländischen Konservativen war: „Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig

sind, dürfen nicht mehr auf freiem Fuß sein. Sie müssen unmittelbar in Haft genommen werden.“ Heribert Prantl erläuterte vor kurzem, was das im Wortlaut bedeutet: 220.808 vollziehbar ausreisepflichtige Menschen, zu denen auch diejenigen mit einer Duldung zählen. „Darunter sind solche, die schon Jahrzehnte in Deutschland leben und arbeiten oder eine Ausbildung machen – sogar solche, die hier geboren sind“, so in seiner

SZ-Kolumne „Prantls Blick“. Neben abgelehnten Asylbewerbern zählen zu den Ausreisepflichtigen auch Menschen im „Overstay“, deren Visum abgelaufen ist, erklärte der Kolumnist; etwa Studierende, Arbeitnehmer oder Touristen. So könne die Duldung „darauf basieren, dass die Ausreise zwar rechtlich, aber nicht faktisch vollziehbar ist, zum Beispiel wegen der Zustände, die im Heimatland herrschen, oder wegen einer gravierenden Erkrankung“.

Wie geht es weiter beim Ausbau der Erneuerbaren?

Jetzt ist es wichtig, auch Themen anzusprechen, die aus dem Blickfeld geraten sind: Umweltschutz, Energiewende, die Abwendung der Klimakrise. Die Wahlentscheidung ist entscheidend für die Weiterentwicklung der Energiewende. Sollte die künftige Regierungskoalition halten, so wird ihre Legislaturperiode bis 2029 dauern. Das Klimaschutz-Zieljahr 2030 wird für die politisch Verantwortlichen eine wichtige Angelegenheit. So lautet das Ziel, bis zum Jahr 2030 mindestens 80 % des Bruttostromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien zu decken. In Bezug zum Ausstoß an Treibhausgasen ist das Minderungsziel „mindestens 65 %“, im Vergleich zum Referenzjahr 1990.

Allparteienregierung als Option

Wer wird die energiepolitischen Weichenstellungen durchführen? Geht es nach der Ampel nach links oder nach rechts? Oder: Doch etwas Neues wagen? Um auf Regierungsfähigkeit zu setzen, könnten die in den Bundestag gewählten demokratischen Parteien eine Großkoalition bilden. Als Einzige bliebe die AfD auf den Oppositionsbänken. Offen ist auch, ob die „Partei des Hasses“ (Zitat von Michel Friedman) demnächst als „gesichert extremistische Bestrebung“ eingeordnet wird. Sowie, ob sie aufgrund der erfolgten Radikalisierung „gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden könnte“, wie das Deutsche Institut für Menschenrechte im Januar in einer Pressemitteilung erklärte.